

## [Transcript] Echo der Zeit / Russlands Cyberkrieg: Geheime Daten offengelegt

SRF Audio

Radio SRF Echo der Zeit mit Simon Hulliger

Unsere Themen am 31. März, die digitale Waffenkammer des Kremls.

Eine neue Recherche zeigt, wie Russland den Cyberkrieg plant. Aber?

Was Russland versucht zu erreichen, ist eben nicht immer das, was sie auch wirklich schaffen zu erreichen.

Die russische Cyberschlagkraft werde überschätzt, sagt der Experte für Cyber-Sicherheit.

Italien sperrt JetGPT, der JetBot-Verstoße gegen Datenschutz und Jugendschutzregeln.

Dann die USA betreten Neuland. Zum ersten Mal wird mit Donald Trump ein Ex-Präsident angeklagt.

Ein Schulspruch würde seine Wiederwahl aber nicht ausschließen.

Interessanterweise könnte Trump sogar vom Gefängnis aus regieren, wenn das denn die Wähler möchten, sagt die Amerikanistin.

Und Saurierknochen als Wertanlage. In Zürich wird ein Skelett eines Tyrannosaurus-Rex versteigert. Dies sorgt auch für Kritik.

Das Schlimmste wäre, wenn so ein Stück bei jemandem privat enden würde.

Und es nicht mehr zur Verfügung wäre für generell, für das Publikum und für die Forschung.

Sagt ein Palaeontologe der Universität Zürich.

Im Echt oder Zeit.

Wir starten mit den Nachrichten und Manuel Riesi.

Braucht es eine parlamentarische Untersuchungskommission PUC im Fall CS?

Diese Frage entscheidet sich frühestens im Juni.

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats spricht sich grundsätzlich für eine PUC aus. Aber vor einer definitiven Entscheidung will sie selber noch Abklärungen vornehmen.

Gemeinsam mit der GPK des Ständerats.

Im Mai wollen die beiden Kommissionen die verantwortlichen Akteurinnen und Akteure anhören.

Darunter Finanzministerin Karin Keller-Sutter, Wirtschaftsminister Guy Barmerlein

sowie Verantwortliche der Finanzmarktaufsicht und der Nationalbank.

Ob es zu einer PUC kommt, entscheidet das Parlament also frühestens an der Sommersession im Juni.

Derzeit fehlen wichtige Medikamente in der Schweiz oder sind knapp.

Beispielsweise Antibiotika.

Viele solche Medikamente kommen aus dem Ausland.

Eine Volksinitiative verlangt deshalb nun, dass wichtige Heilmittel und medizinische Güter verstärkt in der Schweiz erforscht, produziert und gelagert werden.

Der Bund soll dafür die nötigen Rahmenbedingungen schaffen

und er solle mehr Verantwortung übernehmen anstelle der Kantone.

Hinter der Initiative Ja zur Medizinischen Versorgungssicherheit stehen laut Mitteilung

16 Verbände und Organisationen, zum Beispiel aus der Ärzte und Apothekerschaft, der Pharmaindustrie des Konsumentenschutzes und der Forschung.

Mitte Februar kam es auf dem Flughafen Zürich zu einem Vorfall zwischen einem Pistenkontrollfahrzeug

und einer startenden Maschine der Fluggesellschaft Swiss.

Das Pistenkontrollfahrzeug fuhr bei schlechter Sicht auf ein Pistenkreuz zu.

## [Transcript] Echo der Zeit / Russlands Cyberkrieg: Geheime Daten offengelegt

Zur gleichen Zeit startete auf einer der Pisten eine Swissmaschine mit 74 Personen an Bord. Die Schweizerische Sicherheitsuntersuchungsstelle stuft den Vorfall als schwer ein und hat eine Untersuchung eröffnet.

Die Gewerkschaften und die SP lancieren das Referendum zur Pensionskassenreform, die das Parlament abschiedet hat.

An einer Medienkonferenz begründeten sie den Schritt, die Reform füge zu tieferen Pensionskassenrenten

und zu Mehrkosten für Zitat normalverdienende.

Die Mehrheit des Parlaments hatte die Reform beschlossen, um die Pensionskassen so finanziell zu stabilisieren,

damit die Stimmbürgerinnen und Bürger über die Pensionskassenreform abstimmen können, braucht das linke Komitee bis Anfang Juli mindestens 50.000 Unterschriften.

Es waren erschütternde Bilder, die genau heute vor einem Jahr aus Butcher um die Welt gingen.

Hunderte Leichen, darunter viele Zivilistinnen und Zivilisten, lagen auf den Straßen und in den Häusern des Vororts der ukrainischen Hauptstadt Kiev.

Kurz zuvor hatten sich die russischen Truppen von dort zurückgezogen.

Zum Jahrestag der Befreiung von Butcher sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Videobotschaft, die kaltblütigen Hinrichtungen seien Teil eines größeren Plans.

Die russische Regierung wolle die Ukraine beseitigen. Und der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky

schrieb auf Telegram, Butcher sei ein Symbol für die Kreueltapen der russischen Besatzungsarmee. Man werde jeden Tätsam bestrafen.

Zurück in die Schweiz. Zwischen Bern und Solothurn ist am Nachmittag ein Zug entgleist.

Dabei seien mehrere Personen verletzt worden, sagte die Kantonspolizei Bern auf Anfrage.

Entgleist sei der Regionalzug in der Nähe von Lüscherz. Ein Teil des Zuges sei umgekippt. Rettungskräfte seien vor Ort.

Die Bersendaten von 1805, geliefert von 6, der Swiss Market Index schließt bei 11106 Punkten plus 0,7%.

Der Dow Jones Index in New York steigt um 0,7%.

Der Euro wird zu 99° 22 gehandelt, der Dollar zu 91° 35.

Und jetzt zum Wetter.

Im Norden bleibt es in der Nacht und morgen wechselhaft und windig mit teils kräftigen Regengüssen und lokalen Gewittern.

Die Schneefallgrenze sinkt gegen 1200 Meter.

Dazwischen ist es trocken und fallen morgen Nachmittag, zeigt sich ab und zu die Sonne bei 12°.

Im Süden wird es morgen ziemlich sonnig bei 18°.

Wie organisiert Russland den Cyberkrieg?

Geheime Daten aus dem Innersten einer russischen Softwarefirma geben nun offenbar Einblick.

Die Daten wurden von einer anonymen Quelle einem Recherche-Netzwerk zugespielt, darunter Medien wie der Süddeutschen Zeitung, dem Spiegel, der Washington Post oder dem Tagesanzeiger.

Diese Dokumente zeigen, wie diese Moskauer Firma Infrastruktur für Cyberangriffe und Desinformationskampagnen entwickelte,

im Auftrag des russischen Militärs und russischer Geheimdienste.

## [Transcript] Echo der Zeit / Russlands Cyberkrieg: Geheime Daten offengelegt

Programme etwa, die den kompletten Datenverkehr in ganzen Regionen lahmlegen oder umleiten sollen.

Diese Dokumente geben einen tiefen Einblick in die digitale Waffenkammer des Krimmels, so schreibt es die Süddeutsche Zeitung.

Die Moschmeier ist Politologin und forst an der ETH Zürich zu Cybersecurity.

Ich wollte von Ihnen wissen, ob die Dokumente glaubwürdig sind.

Ja, ich meine, soweit man es beurteilen kann, stand ja auch in den Berichten drin, dass mehrere westliche Geheimdienste bestätigt haben, dass dies dort durchaus glaubwürdig aussieht.

Also ich nehme es schon an, das können wir also für Barmünze nehmen.

Und wie sieht denn diese digitale Waffenkammer aus?

Zu was ist Russland wirklich in der Lage?

Ja, das ist natürlich die große Frage.

Und kurze Antwort von mir ist, dass auch wenn wir jetzt diesen Bericht lesen, man sieht halt, oder die Berichterstattung geht oft in die Richtung, das ist das, was Russland versucht zu erreichen.

Also Sie wollen das Internet kontrollieren zum Beispiel.

Was Russland versucht zu erreichen, ist eben nicht immer das, was Sie auch wirklich schaffen zu erreichen.

Russland hat auch geplant, die Ukraine in drei Tagen zu erobern.

Haben wir ja gesehen, dass es nicht wirklich so funktioniert.

Und ganz ähnlich sieht es auch bei den Cyberangriffen von Russland aus.

Damit habe ich mich in meiner Forschung ganz eingehend beschäftigt, gerade auch im Ukrainekrieg oder aber auch vorher, in den Jahren vorher.

Und da ist es ganz klar so, dass man eben sieht, wie diese Cyberangriffe deutlich hinter den Erwartungen zurückbleiben,

die vor allem auch in der Berichterstattung geschürt werden.

In dem Konflikt selbst haben Cyberangriffe nicht wirklich einen großen Unterschied gemacht, gerade wenn wir jetzt auf die strategische Ebene schauen.

Also im Ukrainekrieg?

Ja, genau.

Und woran liegt das?

Ja, da müsste ich jetzt sehr weit ausholen.

Ganz kurz gesagt ist es so, und das habe ich ja eben schon kurz angerissen, dass es in ganz viel von der Berichterstattung immer in die Richtung geht,

was alles theoretisch möglich wäre durch Cyberangriffe

und was Russland oder andere Akteure gerne erreichen möchten.

Aber in der Praxis ist es eben extrem schwierig mit Cyberangriffen wirklich gezielt vor allem.

Und das ist der Knackpunkt, Schaden anzurichten

und auch die Effekte zu erzeugen, die man erzeugen möchte.

Also zum Beispiel sagen wir jetzt Sabotage durchführen.

Ja, hat Russland geschafft, in der Ukraine das Stromnetz zu unterbrechen.

Allerdings sehr kurzzeitig und dafür hat es wahnsinnig lange gebraucht,

also haben diese Hackergruppen wahnsinnig lange gebraucht, überhaupt so weit zu kommen.

Und es ist deutlich komplizierter und gleichzeitig ineffektiver als einfache Sabotage. Also sagen wir jemand, infiltriert dort das Gelände und platziert irgendwo geschickt eine Bombe, was dann bleiben Schaden anrichtet. Das heißt, wenn man nicht zielgerichtet diese Aktionen planen kann, sind sie auch strategisch nicht sehr wertvoll. Ja, dann läuft es eben schnell aus dem Ruder ein Beispiel. Dafür ist Nordpätia dieser Virus, der sich 2017 weltweit ausgebreitet hat, in der Ukraine angefangen hat. Und es sieht jetzt eigentlich ganz klar so aus, als wäre das ein Unfall gewesen, als wäre das nicht geplant gewesen von der Russischen Seite, dass dieses Virus sich so weit ausbreitet, denn es war eigentlich nur auf die Ukraine angesetzt. Und das ist das Interessante jetzt, seit der Invasion trotz dieser Eskalation auf der militärischen Ebene, sehen wir von den russischen Cyberangriffen, ganz klare Anstrengungen, solche unkontrollierte Ausbreitungen zu verhindern. Und ich denke, das ist ein wichtiger Teil der Erklärung, dessen warum diese russischen Cyberangriffe jetzt über das letzte Jahr auch eben weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Es gab ja wahnsinnig viele Warnungen vor eskalierendem Cyberkrieg und so weiter, bevor die Invasion angefangen hat. Was wir aber gesehen haben, war eben nicht mal annähernd so schlimm, wie es dann vorhergesagt wurde, also große Angriffe auf kritische Infrastruktur und so weiter, die sich dann auch auf den Westen ausbreiten. Das ist ja zum Glück nicht so gekommen. Sie sagen, Russland möchte verhindern, dass so ein Angriff außer Kontrolle gerät, aber warum, das könnte ja auch im russischen Interesse sein. Ja, wenn es darum geht, eben allgemein Chaos zu stiften, dann können sich eben dann auch schnell auf Russland selbst ausbreiten. Das haben wir auch bei Nordpettia gesehen, was dort auch das Staatsunternehmen Rosneft letztendlich betroffen hat und da die Systeme unterbrochen hat und so auch wirtschaftlichen Schaden angerichtet hat. Das heißt, einerseits kann es gut sein, dass Russland da mit anderen Länder trifft, zum Beispiel China, denn es sind ja nun mal alle vernetzt im Internet und benutzen auch die gleiche Art von Computersystem. Deshalb ist es ja überhaupt möglich, dass sich solche Viren global ausbreiten und sobald man einmal die Kontrolle verloren hat, ist die Kontrolle eben weg und man weiß auch nicht mehr, wenn man jetzt als Herkergruppe hier agiert, wer überhaupt dann betroffen sein könnte und kann es auch nicht mehr kontrollieren, wie man sieht, ah, das geht ja jetzt in die falsche Richtung, das ist ja genau das Problem. Hat auch der Westen seine Kompetenzen in Kriegsführung im Cyberspace ausgebaut? Ja, das ist auch schwierig zu beurteilen, genauso wie man schwer beurteilen kann, was Russland nun wirklich kann, denn das sind nun mal alles geheime Operationen und die verschiedenen Akteure versuchen auch ihre Aktivitäten geheimzuhalten. Das heißt, wir wissen allgemein sehr wenig darüber,

## [Transcript] Echo der Zeit / Russlands Cyberkrieg: Geheime Daten offengelegt

was verschiedene Länder können, was sie für Kapazitäten haben und haben dann nur kleine Hinweise manchmal, wenn eben etwas öffentlich gemacht wird und man sieht, dass westliche Länder schon lange eben auch investieren in Cyberkrieg und Cyberabwehr,

aber wir haben eben kaum öffentliche Beweise darüber, was westliche Geheimdienste westliche Länder können.

Gerade auch deshalb, weil die Firmen, das ist Cybersecure, die Firmen von denen halt meistens solche Berichte kommen, wenn es nicht mal aus der Presse kommt, wie jetzt in diesem Beispiel, diese Länder sind eigentlich alle in Westen und in den USA angesiedelt und berichten und das ist kein Zufall, nicht über Operationen, die von westlichen Geheimdiensten ausgeführt werden.

Kann man sich als Staat überhaupt schützen, kann die kritische Infrastruktur wie die Energie und Wasserversorgung, der Verkehr oder die medizinische Versorgung, kann das überhaupt alles geschützt werden?

Ja, natürlich kann es geschützt werden.

Es gibt niemals aber eine komplette Garantie, dass eben niemand es schafft, ein System einzudringen.

Das ist leider eine Illusion, denn alle Computersysteme, die wir benutzen, sowie auch alles Angriff, sonst was von Menschen gebaut erschaffen ist, hat halt immer irgendwelche Schwachstellen, weil wir als Menschen nicht perfekt sind.

Und im Hacking und bei Cyberoperation geht es halt immer darum, solche Schwachstellen zu finden und dann auszunutzen, um Systeme zu manipulieren und praktisch zu schaffen, dass Computersysteme Sachen machen, die deren Hersteller, deren Designer und deren Benutzer nicht erwartet haben und entsprechend sich auch nicht darauf vorbereitet haben.

Das macht diese Angriffe eben immer etwas unvorhersehbar.

Auch wenn wir die Art und Weise von Angriffen uns immer besser vorstellen können.

Leonard Maschmeyer vom Zentrum für Sicherheitsstudien an der ETH Zürich.

Eschore Zeit auf Radio SRF.

Bei uns geht es weiter mit folgenden Themen.

Klage gegen Donald Trump in den USA wird die Unparteilichkeit der Justiz in Frage gestellt.

Hundert Tage im Amt, Bundesrat Salvedrösti, will die fossilen Reservekraftwerke ausbauen.

Die Neuausrichtung Finnlands, das Land setzt verstärkt auf eigenen Atomstrom.

Und wer bietet mehr?

Ein T-Rex in Zürich sucht ein neues Zuhause.

Italiens Datenschutzbehörde sperrt vorübergehend den Chatbot ChatGPT.

Damit ist sie die erste Behörde weltweit, die ChatGPT blockiert.

Sie hat auch Ermittlungen aufgenommen gegen den Entwickler von ChatGPT gegen der Start-up OpenAI.

Der Vorwurf, mögliche Verstöße gegen den Datenschutz und Jugendschutz.

Einzelheiten von Wirtschaftssektor Pascal Lago.

Das amerikanische Unternehmen OpenAI darf mit ChatGPT in Italien vorübergehend keinen Nutzerdaten mehr verarbeiten.

## [Transcript] Echo der Zeit / Russlands Cyberkrieg: Geheime Daten offengelegt

So lange, bis das Unternehmen die Datenschutzbestimmungen wieder erfüllt.

Das teilte die italienische Datenschutzbehörde heute mit.

Die italienischen Datenschützerinnen und Datenschützer geben dem Unternehmen 20 Tage Zeit, um Maßnahmen zu kommunizieren, wie es seine Datenschutzprobleme in den Griff bekommen möchte.

Ansonsten droht eine Strafe von bis zu 20 Millionen Euro oder bis zu 4% des weltweiten Jahresumsatzes.

Die Grundlage für die italienischen Vorwürfe ist eine Datenpanne vom 20. März.

Nutzerinnen des Chatbots konnten Informationen fremder Nutzer sehen.

Zum Beispiel den Chatverlauf oder persönliche Daten wie Zahlungsinformationen.

Die italienischen Datenschützer werfen OpenAI ein und vor, keine Rechtsgrundlage zu haben für das Sammeln und Speichern personenbezogener Daten.

Das Sprachmodell von ChatGPT trainiert mit sehr vielen Daten aus dem Internet

und eignet sich Sprachkompetenz an, indem es Tausende von Internet-Texten verinnerlicht.

Der Vorwurf der italienischen Behörden, dass Tech-Unternehmen informiere seine Nutzer nicht darüber, welche persönlichen Informationen gespeichert werden.

Nicht nur der Datenschutz, sondern auch der Jugendschutz werde laut den italienischen Behörden zu wenig ernst genommen.

Obwohl es für ChatGPT ein Alterslimit von 13 Jahren gebe,

tue das Unternehmen zu wenig, um die Altersgrenze mit Filtern auch tatsächlich umzusetzen.

Minderjährige bekämen so vom Chatbot Antworten, die nicht altersgerecht sein.

Das juristische Vorpreschen Italiens passt in einen größeren Trend.

ChatGPT ist eines der erfolgreichsten KI-Programme.

Die Bedenken unter Fachleuten werden immer lauter.

So haben diese Woche Tausende von Expertinnen und Experten unter anderem Elon Musk eine Entwicklungspause für KI gefordert von mindestens sechs Monaten, solange bis Sicherheitsstandards etabliert sind.

Und die Polizeibehörde Europol befürchtet, dass kriminelle die Chatbots nutzen könnten, um zum Beispiel herauszufinden, wie man einen Einbruch begeht oder einen terroristischen Anschlag verübt.

Zudem arbeitet die Europäische Union an einem neuen Gesetz, das KI-Anwendungen mit hohem Risiko regulieren möchte.

Der sogenannte Artificial Intelligence Act soll international neue Standards setzen und in rund ein bis zwei Jahren in Kraft treten.

Was genau eine Hochrisikoanwendung im Bereich der künstlichen Intelligenz ist, das wird momentan noch debattiert.

ChatGPT war nur der Anfang, Großkonzerne wie Microsoft, Google oder etwa Meta investierten Milliarden in ähnliche Chatbots

und wollen eine Einstufung als Hochrisikoanwendung möglichst verhindern.

Pascal Lago.

Jetzt ist es also passiert, gegen Donald Trump wird Klage erhoben.

Es ist das erste Mal, dass in den USA ein ehemaliger Präsident angeklagt wird und erst noch einer, der im nächsten Jahr erneut kandidieren will.

Die Anklageschrift ist noch nicht bekannt.

## [Transcript] Echo der Zeit / Russlands Cyberkrieg: Geheime Daten offengelegt

Es geht um den Vorwurf, dass Trump während des Wahlkampfes 2016 schweige Geld an eine Porno-Darstellerin gezahlt und nicht rechtmäßig verbucht haben soll. Dies könnte gegen die Regeln zur Wahlkampffinanzierung verstoßen. Die Reaktionen auf die Anklage erließen nicht lange auf sich warten. USA-Korrespondent Andrea Christen. Die Deutung dieser Anklage fällt sehr unterschiedlich aus. Hier zeigt sich, dass niemand über dem Recht stehe, erklärte Adam Schiff, ein prominenter demokratischer Abgeordneter. Das Recht gelte für alle gleich. Man müsse die Beweislage folgen, egal wohin sie führe. Schiff fasst damit in etwa zusammen, was auch andere Demokraten verlauten ließen. Etwa Jack Schumer, der im Senat die demokratische Mehrheit anführt. Auf der rechten Seite tönt es komplett anders. Hier werde das Justizsystem zur Waffe gemacht. Das sei ein weiterer Versuch der Demokraten, Trump mit allen Mitteln zu erledigen, erklärte Tucker Carlson in seiner abendlichen Sendung. Carlson ist ein einflussreicher Moderator beim konservativen Fernsehsender Fox News. Diese Anklage sei der Höhepunkt des Versuchs zu verhindern, dass Trump je wieder ins Weiße Haus einziehe. Damit ist auch die Haltung von Donald Trump selbst zusammengefasst. In einer Stellungnahme sprach er von einer politischen Hexenjagd. Es ist absehbar, dass er die Anklage für seinen Wahlkampf nutzen wird. Seine Verbündeten in der republikanischen Partei beeilten sich, ihm zur Seite zu springen. Etwa Matt Gaetz, ein republikanischer Abgeordneter und Vertrauter von Donald Trump. Die USA seien nicht mehr besser als jene Länder, wo Diktatoren ihre Gegner lieber einsperrten, als bei fairen Wahlen gegen sie anzutreten. Auch gemäßig des Stimmen auf der rechten Seite kritisieren die Anklage. Ein ehemaliger Präsident sollte nur mit einem schwerwiegenden Vorwurf angeklagt werden. Doch die Anklage, der sich Trump jetzt stellen müsse, sei absurd, sie stehe auf wackeligen Füßen. Elvin Bragg, der zuständige Staatsanwalt, ein Demokrat, öffnet damit die Büchse der Pandora. Kommentiert das konservative Wall Street Journal. Nur in einem scheinen sich die beiden Seiten einig zu sein. Wenn Donald Trump sich tatsächlich nächste Woche in New York der Justiz stellt, betreten die USA juristisches und politisches Neuland. Die USA wagen sich auf Neuland, noch nie wurde ein Ex-Präsident angeklagt. Öffnet diese Anklage wirklich die Büchse der Pandora. Also dass es in den USA in Zukunft üblich wird, politische Gegner mittels Verfahren politisch zu erledigen. Dies wollte ich von Claudia Brüwiler wissen. Sie ist Dozentin für Amerikanistik an der Universität St. Gallen. Diese Gefahr ist natürlich nicht auszuschließen, zumal es in der amerikanischen Kultur ohnehin fest verwurzelt ist, dass man gerne alle möglichen Streitigkeiten auf dem gerichtlichen Weg löst. Nichtsdestotrotz ist es ja so, dass gerade ein Bezirksstaatsanwalt

mehr dem Recht, denn der politischen Logik verpflichtet sein sollte und aufgrund dieser Befürchtungen allein Recht nicht erfolgen sollte. Sie sprechen den Bezirksanwalt an in Manhattan. In New York ist ein Demokrat. Für die Republikan ist das ein Problem. Sie sagen, das sei kein Problem. In einem ersten Schritt nicht, weil was ja zählt letzten Endes ist, dass das Gericht neutral ist, respektive die Jury, die dann darüber urteilen wird. Und natürlich sind Staatsanwälte in den USA auch immer ein wenig politiker, zumal sie gewählt werden möchten, respektive weitere Karriere-Schritte-Sicherplan, die eine Wahl erfordern. Und da ist eine politische Logik, ein politisches Kalkül nie ganz fern. Aber gleichzeitig geht es ja einfach letztlich um die Neutralität des Gerichts. Und hier dürften dann auch die republikanischen Kritiker etwas leiser werden. Zumal wir auch noch in Betracht ziehen müssen, dass viele der besonders lauten Republikaner im Moment, vor allem deswegen laut sind, weil sie die Wähler nicht verkrollen wollen. Und weil sie den Wählern, die nach wie vor hinter Trump stehen, natürlich nach dem Mund reden möchten ein Stück weit. Das sind aber gleichzeitig just auch jene Republikaner, die selbst präsidiale Ambitionen hegen und die vielleicht gar nicht so unglücklich sein werden, wenn Trump anders absorbiert sein wird als mit einem Wahlkampf. Das heißt, Sie würden nicht sagen, dass in den USA das Vertrauen in die Unparteiligkeit der Justiz komplett fehlt. In die Strafverfolgung vielleicht schon, je nach Ausgangslage, aber dann das Gericht an sich weniger. Eben weil gerade in dieser Kultur es fest verankert ist, dass man auf den gerichtlichen Wege sein Recht einfordert. Die Anklageschrift ist ja noch nicht bekannt. Es ist schwierig einzuschätzen, ob es zu einem Schuldspruch kommt, aber falls ja, falls Donald Trump für Urteilt wird, kann er dann überhaupt noch kandidieren? Interessanterweise kann er das. Der einzige Weg, der ihn daran hätte hindern können, wäre ein erfolgreiches Impeachment gewesen, auf das dann eben die Konsequenz hätte folgen können, dass man ihm jede Möglichkeit, ein öffentliches Amt anzustreben, genommen hätte. Aber in Anführungsstrichen nur sonst verurteilt zu werden, reicht nicht, um jemanden daran zu hindern, einen Amt wie eben jenes des Präsidenten anzustreben. Interessanterweise könnte Trump sogar vom Gefängnis aus regieren,

wenn das denn die Wähler möchten.  
Könnte Trump aus dieser Anklage auch politisches Kapital schlagen?  
Das ist nicht auszuschließen.  
Er wird sich nun natürlich als Opfer eben einer Rache Justiz inszenieren.  
Aber er ist sich natürlich auch bewusst,  
dass ein Verfahren ihn nun einerseits viel Aufmerksamkeit kosten wird.  
Im Sinne von er wird seine Aufmerksamkeit vom Wahlkampf  
auf das Verfahren verlegen müssen.  
Und er weiß auch nicht, ob nicht noch weitere Verfahren  
dann tatsächlich eingeleitet werden.  
Und Rechtsexperten in den USA schätzen damit,  
dass er wahrscheinlich ausgerechnet dann,  
wenn der Wahlkampf 2024 in die heiße Phase tritt,  
er dann eben vor Gericht säße,  
was eine ungünstige Ausgangslage ist,  
um erfolgreich zu kandidieren.  
Nun kommt dieser Fall rund um diese Schweigegeldzahlungen zu Anklage.  
Es gibt ja noch sechs andere Verfahren.  
Die laufen darunter die Ermittlungen zum Sturm aufs Kapitol  
oder zu Manipulationsversuchen bei den Wahlen im Bundesstaat Georgia.  
Warum kommt ausgerechnet diese weniger bedeutende Fall zu Anklage?  
Dazu können wir letztlich nur Mutmaßungen anstellen.  
Wahrscheinlich ist es so, dass der Bezirksstaatsanwalt  
wirklich der Meinung ist, dass er einen fast wasserdichten Fall hat  
und dass er eine Verurteilung erreichen kann,  
während das vielleicht in den anderen Verfahren weniger der Fall ist.  
Und gerade das Verfahren, das der Bundesjustizministerium anstrengen könnte,  
hat natürlich eine andere Ausgangslage.  
Da geht es um ein Ministerium, das momentan in demokratischer Hand ist,  
das da die nächsten Schritte einleiten müsste.  
Und da wäre der Vorwurf einer politischen Rachejustiz  
viel naheliegender, als in diesem Fall bereit ist.  
Claudia Brühwiler von der Universität St. Gallen  
forscht sie zu Politik und politischer Kultur der USA.  
Nach 100 Tagen im Amt, als Energieminister,  
nimmt Albert Rösti kein Blatt vor den Mund.  
Sollte die Schweiz mit der EU in Verhandlungen treten,  
dann werde das mehrere Jahre beanspruchen,  
hat der SVP-Bundesrat vor den Medien in Bern betont.  
Und damit dem Wunsch Brüssel,  
die Verhandlungen bis im Sommer 2024 abschließen zu können,  
bereits eine Absage erteilt.  
Zudem hat Rösti mit der Ankündigung überrascht,  
dass er für den kommenden Winter in der Schweiz

noch mehr Reservekraftwerke bauen möchte.  
Aus dem Bundeshaus Philipp Burghardt.  
Vor letzter Woche hat der Vizepräsident der EU-Kommission Maroszewicz der Schweiz einen Besuch abgestattet.  
In Gesprächen mit Außenminister Jaceo Gassis, Kommissionen des Parlaments, Kantonen und den Sozialpartnern hat der ranghohe EU-Vertreter eine klare Botschaft deponiert.  
Die EU sei gewillt, bis spätestens im Sommer des nächsten Jahres Verhandlungen mit der Schweiz abzuschließen.  
In einem Vortrag an der Uni Friedburg klang das so.  
Zum Verhandlungspaket gehören soll, unter anderem, ein Stromabkommen mit der Schweiz, für das Energieminister Albert Rösli zuständig ist.  
Nach seinen ersten 100 Tagen im Amt macht der SVP-Bundesrat nun klar, dass es nicht so schnell gehen wird, wie sich die EU das vorstellt.  
Vor den Medien in Bern sagt Rösli.  
Ich erachte, ein Stromabkommen ist wichtig, aber wir müssen uns den Strom abkommen.  
Wir müssen uns den Strom abkommen.  
Das ist wichtig, aber wir müssen uns deshalb nicht unter Druck setzen lassen in anderen Bereichen.  
Am Mittwoch hat der Bundesrat zwar von einer positiven Dynamik in den Sondierungsgesprächen mit der EU gesprochen, um den Auftrag erteilt bis Ende Juni die Eckwerte für ein Verhandlungsmandat auszuarbeiten.  
Aber Eckwerte sind noch kein Mandat, macht Bundesrat Rösli jetzt klar.  
Dieses müsste zuerst ausgearbeitet werden.  
Wir haben am Ende eine breite Konsultation dazustatt und erst anschließend, wenn überhaupt, würde der Bundesrat ein definitives Verhandlungsmandat verabschieden.  
Falls der Bundesrat entscheidet, wieder in Verhandlungen zu treten, muss das Verhandlungsmandat überarbeitet werden und rein die Verhandlungen würden mehrere Jahre beansprucht.  
Da mache sich keine Illusionen, sagt der Energieminister.  
Das fehlende Stromabkommen ist also nicht Rösli's Haupt Sorge.  
Wir kommen, macht ihm die drohende Stromknappheit im nächsten Winter.  
In diesem Winter hätten wir noch Glück gehabt, sagt Bundesrat Rösli.  
Die Sparmaßnahmen hätten Wirkung gezeigt.  
Aber die Gefahr sei nicht gebannt.  
Deshalb überrascht er im Interview nach dem Medienanlass mit einer Ankündigung.  
Besonders möchte ich aber auch die Reserverkraftwerke weiter ausbauen, dass man hier wirklich eine Sicherheit hat

im Krisenfall.

Und da werden wir jetzt gerade Ende Monat steuerungsausschusssitzung Anlagenanalyse machen und rechtzeitig Bevölkerung informieren, was es für den nächsten Winter braucht.

Über den nächsten Winter hinaus setzt Röstli dann auf zusätzliche Speicherkraftwerke im Wasserkraftbereich, auf Solarenergie und auf Windkraft, wie dies mehrere Vorlagen vorsehen, die das Parlament bereits verabschiedet hat oder zurzeit gerade bereit.

Gestürzt auf diesen Vorlagen soll er nur vorerst auf dem schnellsten möglichen Weg zwei Terawattstunden Wasserspeicher für den Winter erstellt werden, zwei Terawattstunden alpines Solaranlagen und ein Terawattstunden Windenergie.

Also insgesamt fünf Terawattstunden, wobei Röstli für diesen Ausbau fünf bis zehn Jahre veranschlagt. Zum Vergleich, die vier Schweizer Kernkraftwerke produzieren derzeit rund 22 Terawattstunden Strom pro Jahr, also mehr als das Vierfache.

Was über diesen Zeithorizont hinausgeht, das will Energieminister Röstli bewusst offen lassen.

Im langfristigen Bereich werden wir sehen, welche Technologien sich dann durchsetzen für die grosse Menge. Ich finde, die Schweiz sollte hier offen sein für alle Technologien. Ohne das er sagt, ist klar, was Bundesrat Röstli damit meint, auch die Kernenergie soll langfristig für die Schweiz eine Option bleiben.

Philipp Burkhardt im Echo der Zeit und zum Schluss der Sendung geht es um die Neuausrichtung Finnlands und um alte Knochen in Zürich.

Am Sonntag wählt Finnland ein neues Parlament.

Die gut fünf Millionen Finnen und Finnen entscheiden über die Zukunft dieses Landes seit dessen Neuausrichtung.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Finnland ja nicht nur in die NATO geführt, sondern auch die Energieversorgung auf den Kopf gestellt.

Nach dem Stopp der Energielieferungen aus Russland rückten Alternativen in den Fokus.

Außerdem hat Finnland vorgesorgt, schon bald geht ein neues Atomkraftwerk ans Netz ein für Europa ungewöhnliche Schritt.

Von der finnischen Westküste, der Bericht von Nordeuropa-Korrespondent Bruno Kaufmann.

Der Bus der Firma Theolisu den Wojma nähert sich auf der gut ausgebauten Straße, der Halbinsel Olkilo Otto.

Wir befinden uns gut 100 Kilometer nördlich der Hafen- und Universitätsstadt Turku an der finnischen Westküste.

Hier in Olkilo Otto befindet sich schon seit Jahrzehnten der wichtigste Produktionsort von Atomstrom in Finnland, die ersten beiden Reaktoren vor Orjien vor über 40 Jahren ans Netz.

Jetzt aber steht der nächste Schritt an, erklärt Entwicklungschefin Laura Niemitalo.

Wir nehmen in wenigen Wochen den dritten Reaktor im Betrieb, Olkilo Otto 3.

Und zudem in ein paar Jahren Onkalo, das Endlager für hochradioaktive Abfälle betont sie.

Tatsächlich schreibt Finnland derzeit Energiegeschichte.

Nicht nur ist Olkilo Otto 3 das erste neue AKW in Europa, das nach dem Atomumfall in Fukushima vor 12 Jahren ans Netz geht.

Das neue Endlager in 300 Meter Tiefe unter dem Ostseeboden ist zudem auch das erste solche Endlager für hochradioaktive Abfälle überhaupt in der Welt.

Und macht deutlich, wie Finnland in Sachen Energieversorgung zu einem günstigen Zeitpunkt neue Quellen erschließen kann.

Ohne deswegen die Klimabilanz des Landes zu verschlechtern.

Laut Marco Sucsí, Professor für Politik an der Universität Tartu, haben zwei Faktoren dazu beigetragen.

Das Finnland nun politisch geeint, die im Betriebsnahme des neuen AKWs wie auch des Endlagers begrüßt.

Die Kernkraftsfragen, die wir sagen, die Zusammenhängen mit Klimaatveränderungen.

Die Grünen haben dann in setzt, dass die Kernkraftwerke ganz faktisch sehr positiv sind, bietet, dass die Minska beruht auf Fossilabrenner.

Wir haben den plötzlichen Stopp der Energielieferungen aus Russland und wir haben das mittelfristige Pariser Klimaabkommen

über das Ende der fossilen Energieträger erklärt Sucsí

und betont, dass aus diesen Gründen nun auch traditionell AKW-kritische Kräfte wie die Grünen den Atomstrom befürworten.

Bis noch vor kurzem war Finnland bei der Energieversorgung stark auf Gas- und Öllieferungen aus dem Nachbarland Russland angewiesen.

Hinzu kamen auch um fassende Holzlieferungen aus diesem Land für die Produktion von Fernwärme.

Auf diese russischen Energielieferungen verzichtet Finnland nun seit dem Beginn des Angriffskrieges gänzlich.

Was zur Versorgungslücke führte, die durch die Wiederaufnahme der erst kürzlich verbotenen Verbrennung Energietorf überbrückt wird.

Diese Produktion ist jedoch sehr klimaschädigend.

Nun verspricht der Betreiber des neuen AKW-Sin Olkiloto mit April mit der Stromproduktion zu beginnen

und damit nicht weniger als 40% des gesamten Strombedarfs Finnlands abzudecken.

Ob es dann diese Mengen auch wirklich liefern wird,  
ist allerdings noch offen.  
Diese junge Studentinung erklärte Klimaaktivistin,  
die wir vor dem Haupteingang der Universität in Turku treffen,  
hat sich mit der Atomkraft arrangiert.  
Politiker sind auf der Karte,  
so dass sie sich an sich ansprechen.  
Wir müssen allen einen Beitrag zur Reduktion  
der Klimaverschmutzung leisten.  
Das neue AKW ist ein solcher Betonzü.  
Tatsächlich hat der Bau des neuen Atomeilers  
viel länger gedauert als ursprünglich vorgesehen,  
nämlich 20 statt 5 Jahren,  
um viel mehr gekostet als budgetiert,  
fast 12 statt 4 Milliarden Franken.  
Und doch steht nun Finnland zu einem politisch heiklen Zeitpunkt,  
geeint nicht nur hinter der Neuausrichtung der Sicherheitspolitik,  
sondern eben auch der Energiepolitik.  
So konzentriert sich der aktuelle Wahlkampf auf Fragen,  
in denen sich die politischen Parteien oft sehr uneinig sind.  
Wer nach Schließung der Wahllokale am Sonntagabend  
die Nase vorne haben wird, ist offen.  
Es können ebenso gut die regierenden Sozialdemokraten,  
der bisherigen Ministerpräsidentin,  
Sanamariinen sein.  
Oder auch die nationalkonservative Partei der Finnen,  
von Oppositionsführerin Rika Ruuska.  
Bruno Kaufmann.  
11 Meter lang, 4 Meter hoch.  
In der Tonhalle Zürich steht zurzeit das Skelett  
eines ausgewachsenen Tyrannosaurus Rex.  
Es wird dort ausgestellt,  
bis es dann am 18. April versteigert wird.  
Diese Versteigerung hat seltenheitswert.  
Weltweit wurden erst drei T-Rex versteigert.  
Dieser ist der erste außerhalb der USA.  
Doch dieser Handel mit Knochen kommt nicht bei allen gut an.  
Zürich-Korrespondent Dominic Steiner  
war bei der Montage des Skeletts in der Tonhalle dabei.  
Gerade wird der Schädel des Tyrannosaurus Rex montiert.  
Das Skelett besteht aus 293 Knochen.  
Ein Team des Sauriermuseums Ahrntal  
setzt die Teile hier in der Tonhalle Zürich zusammen.  
Etwas Besonderes auch für diesen Angestellten des Sauriermuseums.

Es ist einfach imposant mit den bananengroßen Zähnen  
und der typische allseits bekannte ikonische T-Rex-Schädel.  
Für unser ganzes Team ist es eine absolute Befreiung,  
wenn der Schädel dann hängt.  
Ein Original-Schädel ist besonders wertvoll  
und wir müssen besonders vorsichtig sein.  
Wertvoll ist alles an diesem Zürcher T-Rex genannt Trinity,  
drei Faltigkeit, weil er zusammengesetzt ist  
aus drei verschiedenen Sauriern.  
Ausgegraben hat dieses Skelett eine Privatperson in den USA.  
Jetzt will der Mann, der anonym bleiben will,  
seinen T-Rex also verkaufen.  
Dass der Saurier hier in Zürich unter den Hammer kommt,  
liegt an Christian Link.  
Der 43-jährige organisiert zusammen mit dem Auktionshaus Kolla  
Versteigerungen der besonderen Art.  
Meteoriten, Anzüge von Astronauten und eben Saurierknochen.  
Nach der letzten solchen Auktion  
habe sich ein Amerikaner bei ihm gemeldet.  
Wir haben uns gefragt, ob wir Lust hätten,  
einen T-Rex zu versteigern in der Schweiz.  
Ein Angebot, das Christian Link nicht ausschlagen konnte.  
Es ist wirklich eine große Ehre  
und wir sind sehr, sehr stolz darauf,  
eben auch diese beiden historischen Punkte damit abzudecken.  
Das ist der allererste T-Rex überhaupt,  
der außerhalb der USA versteigert wird.  
Nicht nur in Europa, sondern der erste außerhalb von den USA  
und der allererste T-Rex überhaupt der Schweizer Boden betritt.  
Wir haben uns mega gefreut.  
Auch Cyril Kolla vom Auktionshaus Kolla  
ist begeistert von diesem Stück.  
Ein T-Rex in einer Dinosaurierauktion  
ist ungefähr das Gleiche wie ein Fangoch in einer gemeldeten Auktion.  
Dinosaurierknochen als Wertanlage begehrt wie Kunstwerke.  
Das Startgebot für den Zürcher Saurier Trinity  
liegt bei fünf Millionen Franken.  
Der letzte T-Rex, der den Besitzer wechselte,  
wurde für 32 Millionen Dollar verkauft.  
Eine horrendes Summe, die auch Kritik ausgelöst hat.  
Durch den privaten Saurierhandel entgingen der Wissenschaft  
und der Öffentlichkeit wichtige Forschungsobjekte.  
Diese Kritik kennt auch Cyril Kolla,  
der für die Auktion verantwortlich ist.

Ich glaube, dass öffentliche Institutionen zum größten Teil gar nicht die Mittel haben, so einen T-Rex für fünf Millionen zu kaufen. Ich denke, es wird so sein, dass das eine Privatperson kaufen wird und dass irgendwann dieses T-Rexskelett in einem Museum landen wird und auch der Wissenschaft dann zur Verfügung stehen wird. Doch dieser Glaube allein reicht einigen Forscherinnen und Palläontologen nicht. So meint etwa Hugo Bucher, Professor am Palläontologischen Institut der Universität Zürich. Es ist eine Spekulation. Man hat keine Ahnung über die Zukunft dieser Stück. Das Schlimmste wäre, wenn so ein Stück bei jemandem privat ändern würde und es nicht mehr zur Verfügung wäre für generell, für das Publikum und für die Forschung. Hugo Bucher befürchtet, dass dieser Versteigerung in Zürich den weltweiten Saurierhandel unter Privatpersonen weiter anheizt und damit die Frage befeuert, wo ein Saurierskelett hingehört, in ein für alle zugängliches Museum oder in die Halle einer Privatperson. Dominik Steine. Das war es vom Echo der Zeit mit der Aktionsschluss um 18.40 Uhr. Verantwortlich für die Sendung war Massimo Agostinis für die Nachrichten Adrian Huber am Mikrofon Simon Hullige.